



pax christi newsletter 2 / 2021

Kurzinformationen an unsere Mitglieder

September 2021

Aus dem Sprecher*innenkreis

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

teils ruhige und mit wenigen Aktionen gefüllte Wochen; andererseits höchst turbulente und spannende Ereignisse, die uns alle in den Bann ziehen, liegen hinter uns. Die weiter andauernde Pandemie fordert einzuhaltende Vorgaben für Veranstaltungen und Treffen. Meldungen zu Naturkatastrophen überschlagen sich in den letzten Sommermonaten und die Ereignisse in Afghanistan erschrecken. Und das alles in den Wochen und Tagen vor einer entscheidenden Bundestagswahl. Sowohl Afghanistan als auch die Bundestagswahl fanden ihren Niederschlag mit einigen Beiträgen in unserem aktuellen Newsletter.

Für uns in Regensburg stehen einige wichtige Termine an: der Friedenstag am 1. September, die Mitgliederversammlung am 24. September und die geplanten Friedensgebete. Nicht vergessen ist auch

die Vergabe des Preises für Zivilcourage an Luise Gutmann. Die Pandemie, bzw. die unausweichlichen Vorgaben zur Durchführung einer würdigen Feier verhinderten bis heute die Festlegung eines Termines.

Dennoch: Die Arbeit für den Frieden in der Welt bleibt Herausforderung und sinnvolle Aufgabe für uns alle. Die Worte von Fulbert Steffensky können für uns ermutigend und auch wegweisend sein.

Die seit Beginn der Pandemie, jetzt schon über mehrere Monate hinweg, waren die von der pc-Geschäftsstelle in Berlin zu jedem Sonntag herausgegebenen spirituellen Impulse eine wertvolle und anregende Begleitung geworden. Zu finden sind diese auf der homepage von pc-Deutschland.

Paul Reinwald

Ein Impuls

„Die Welt brennt.“ – So könnte man meinen, verfolgt man die aktuellen Meldungen aus aller Welt. Flutkatastrophen, Waldbrände, Dürre, Hungerkatastrophen, eine Pandemie vor der vierten Welle und aktuell das Desaster beim Ende des militärischen Einsatzes in Afghanistan und mit den damit ausgelösten Fluchtbewegungen. Dazu in der politischen Auseinandersetzung eine Verrohung der Sprache, auf unseren Straßen körperliche Angriffe auf Menschen und ein zunehmend polarisierender Wahlkampf. Wie stellen wir uns auf das alles ein? Wo finden wir Halt und Orientierung? Ein Lichtblick bietet der Text „Die Hoffnung kann lesen“ von Fulbert Steffensky.

Die Hoffnung kann lesen

Wie lernt man hoffen? Im Augenblick wird die

Frage nach der Hoffnung an vielen Orten gestellt. Sie irritiert mich, denn sie wird oft lamentös und vor jedem Handeln gestellt. Erst will man in der

Aussicht versichert sein, dass alles gut geht, allenfalls dann wird man handeln und seinen Teil zum guten Ausgang beitragen. Vielleicht sollten wir die Frage nach dem guten Ausgang vergessen, denn sie ist nicht beantwortbar. Vielleicht war die Geschichte mit dem Regenbogen nach der Sintflut, die die Bibel erzählt, doch anders gemeint. Es waren wohl nicht der einfache Fortbestand der Welt gemeint, der Fortschritt und die Garantie des guten Ausgangs. Vielleicht heißt Hoffnung gar nicht der Glaube an den guten Ausgang der Welt und an die Vermeidung ihrer Zerstörung. Es garantiert uns keiner, dass das Leben auf der Erde in absehbarer Zeit nicht kollabiert, auch kein Regenbogen. Aber wir können tun, als hofften wir. Hoffen lernt man auch dadurch, dass man handelt, als sei Rettung möglich. Hoffnung garantiert keinen guten Ausgang

der Dinge. Hoffen heißt, darauf vertrauen, dass es sinnvoll ist, was wir tun. Hoffnung ist der Widerstand gegen Resignation, Mutlosigkeit und Zynismus.

Die Hoffnung kann lesen. Sie vermutet in den kleinen Vorzeichen das ganze Gelingen. Sie stellt nicht nur fest, was ist. Sie ist eine wundervolle untreue Buchhalterin, die die Bilanzen fälscht und einen guten Ausgang des Lebens behauptet, wo dieser noch nicht abzusehen ist. Sie ist vielleicht die stärkste der Tugenden, weil in ihr die Liebe wohnt, die nichts aufgibt und der Glaube, der den Tag schon in der Morgenröte sieht.

Fulbert Steffensky (2018), gelesen bei "Der andere Advent", Verlag Andere Zeiten, Hamburg

Aktuelle Themen

Bayern bleibt bunt! – Eine Befragung der Kandidaten*innen zur Bundestagswahl

Im Rahmen einer öffentlichen Befragung der Regensburger Bundestagskandidat*innen unter dem Motto „Platz nehmen, zuhören, Stellung beziehen“ vor dem Museum für Bayerische Geschichte am 7. August 2021 wurde diese an Ständen zu sieben Sachthemen mit den gleichen Fragen konfrontiert. Sie hatten jeweils 15 Minuten Zeit, ihre Position darzustellen. Pax christi war am Stand „Frieden und Abrüstung“ mit dabei.

Die vier Fragen:

1. Was können Sie dazu beitragen, dass Deutschland den Atomwaffenverbotsantrag unterzeichnet?
2. Wie beurteilen Sie die Rüstungsexporte Deutschlands?
3. Wie sehen sie die geforderte Erhöhung des Militärhaushalt?
4. Was rechtfertigt Militäreinsätze Deutschlands weltweit?

Hier das Protokoll:

Peter Aumer (CSU)



zu 1: Atomwaffenverbotsantrag
Antwortet sehr pauschal: Atomwaffen wollen wir weltweit minimieren. Diese Fragen sind Bündnisfragen, die Deutschland nicht alleine regeln kann. Die Nato hat uns „Frieden und Sicherheit gesichert.

zu 2: Rüstungsexporte
Waffenexporte beschließt die Bundesregierung und nicht der Bundestag. Die Rüstungsindustrie ist für Deutschland auch ein Geschäftsfeld, ein Markt. Erforderlich ist mehr Transparenz und konkrete Vorgaben. „Aber wenn jemand Hintertürchen

öffnet, kann man nichts machen.“

zu 3: Militärhaushalt

Die Nato-Partnerschaft verpflichtet zur Einhaltung dieser Vereinbarung. Deutschland hat ohnehin ein niedriges Niveau. Wünschenswert wäre eine Welt ohne Armee, „aber wir sind Menschen“. Sieht einen bedenklichen Ausrüstungsstand der Bundeswehr: „Wenn ich Soldaten in den Krieg schicke, muss ich sie so ausrüsten, dass sie wieder heimkommen.“

zu 4: Militäreinsätze weltweit

Vorausgesetzt werden muss: Geeignete Ausrüstung für die Einsätze und die Orientierung an der Bündnisverpflichtung. Deutschland muss seinen globalen Verpflichtungen als Handelsmacht zu Friedensmissionen nachkommen („exportorientiertes Land“). „Die Nato als internationales Bündnis ist kein Aggressor“.

Beobachtungen und Eindrücke:

Setzt uneingeschränkt auf die Nato-Verpflichtungen und sieht Militäreinsätze als „Friedensmissionen“ zur Wiederherstellung „von etwas Gutem“. Kann sich eine nicht-militärische Sicherheitspolitik nicht vorstellen.

Ulrich Leichte (FDP)



zu 1: Atomwaffenverbotsantrag

Verweist auf die Gültigkeit des Vertrages und setzt realpolitisch auf die Fortführung der bisherigen Regelungen. Der Atomwaffenverbotsantrag würde den bisherigen Atomwaffensperrvertrag konterkarieren. „Wir werden die Atommächte nie dazu bringen, diesen Vertrag zu unterschreiben.“

zu 2: Rüstungsexporte

Verfügt als Mitglied im BT-Ausschuss für Rüstung ein detailliertes Faktenwissen; sieht die Notwendigkeit für mehr Transparenz; spricht sich gegen Exporte an Saudi-Arabien aus. FDP habe die Exporte dorthin verhindert. Lieferungen in Krisengebiete sind abzulehnen. Befürwortet eine realpolitisch und auch wirtschaftstechnisch erforderliche deutsche Rüstungsindustrie zur Verteidigung Deutschlands angesichts wachsender Bedrohungen aus dem Osten. Lieferungen sollte vor allem nur innerhalb der demokratischen Staatenfamilie möglich sein.

zu 3: Militärhaushalt

Diese Ausgabensteigerung entspricht den vereinbarten Nato-Regelungen („Nato-Familie“) und ist einzuhalten. Er nennt als reale Aufschlüsselung der 2%: 1% für das Militärische, 0,7 % für Entwicklung und 0,3 % für Diplomatie. Verweist auf die wachsenden militärischen Bedrohungen weltweit.

zu 4: Militäreinsätze weltweit

Nicht mehr behandelt

zu 5:

Nicht mehr behandelt

Beobachtungen und Eindrücke: Sehr hoher Informationsgrad und großes Detailwissen! Argumentiert entsprechend der aktuellen offiziellen Politik der Bundesregierung. Verweist mehrmals auf seinen Anspruch einer Realpolitik und der Notwendigkeit einer rüstungstechnischen Entwicklung Deutschlands.

Rainer-Michael Rößler (FW)



zu 1: Atomwaffenverbotsantrag

Spricht sich für einen Beitritt und gegen eine weitere Verbreitung der Atomwaffen aus; will eine kontrollierte und nicht einseitige Abrüstung. Atomwaffen in Büchel sollten abgezogen werden. Aber das Sicherheitskonzept Nato sollte nicht einseitig aufgegeben werden.

zu 2: Rüstungsexporte

Keine Waffen in Krisengebiete, nur an Nato-Verbündete. Aber auch Lieferungen an Türkei und Griechenland sind problematisch, da Krisengebiete. „Mehr Transparenz würde so machen Deal verhindern.“

zu 3: Militärhaushalt

„Das 2%-Ziel ist in der Nato vertraglich vereinbart.“ Befürwortet die Notwendigkeit der Rüstung, will diese aber europäisch orientieren und damit Geld einsparen. „Sicherheit sollte europäisch betrachtet werden.“ (Europäische Armee)

Zu 4: Militäreinsätze weltweit

Verweist auf die Bundeswehr als Verteidigungsarmee und sieht im Einsatz in Afghanistan mehr Schaden als Nutzen. Einsätze zur Friedenssicherung sollten nur unter internationalem

Recht und nicht für wirtschaftliche Interessen möglich sein. Vor Militäreinsätzen sollten Ursachen der Konflikte analysiert und bekämpft werden. „Entwicklungspolitik ist auch Sicherheitspolitik.“ Befürwortet ein europäisches Sicherheitsbündnis.

Beobachtungen und Eindrücke:

Lehnt Atomwaffen entschieden ab; befürwortet Abrüstung und Rüstungskontrolle; sieht aber auch die Notwendigkeit einer Verteidigungsarmee und eines europäischen Bündnisses.

Dr. Carolin Wagner (SPD)



zu 1: Atomwaffenverbotsantrag

Nicht-Beitritt ist für sie nicht nachvollziehbar; will auf eine atomwaffenfreie Welt hinarbeiten. Versteht die Position ihrer eigenen Partei nicht recht.

zu 2: Rüstungsexporte

„Dieses Thema macht mich fassungslos.“ Lehnt Waffenexporte generell ab; sieht darin den Ursprung für Krieg und Fluchtursachen.

zu 3: Militärhaushalt

„Brauchen wir nicht.“ Fordert stattdessen mehr Investitionen für Bildung und andere Schwerpunkte.

zu 4: Militäreinsätze weltweit

Nur unter der Bedingung, dass den Menschen eine Struktur für ein friedliches Leben geschaffen wird, wie z.B. eine Ordnungs- und Sicherheitsstruktur, der die Bürger vor Ort vertrauen können. „Das Beispiel Afghanistan ist Wahnsinn.“

Beobachtungen und Eindrücke:

Skepsis gegenüber Militäreinsätzen aller Art; befürwortet eher zivile und rechtliche Abmachungen zur Friedenssicherung. Weist wenig Expertise zu diesem Thema auf und beschreibt persönliche Vorstellungen.

Robert Fischer (ÖDP)



zu 1: Atomwaffenverbotsantrag

Will Verbündete für diesen Beschluss im Parlament suchen und sich für einen Beitritt einsetzen. Vor allem bei Jüngeren möchte er für dafür werben und ein breites Bewusstsein dafür schaffen, dass eine atomwaffenfreie Welt erstrebenswertes Ziel ist.

zu 2: Rüstungsexporte

Will Tilo Jung unterstützen und für mehr Transparenz sorgen. Die Beteiligten müssen genannt werden. Er will Stachel im Fleisch sein und für mehr Transparenz sorgen. Exporte müssen auf Nato-Ländern begrenzt werden. Stellt fest: Ein Widerspruch ist die Türkei („ein heuchlerisches Geschäft“). Idealfall wären keine Exporte, auch wenn die Rüstungsindustrie kaputt geht. Ziel: „eine nicht-gewinnorientierte Rüstungspolitik, wenn uns Verteidigung so wichtig ist.“

zu 3: Militärhaushalt

Lehnt ein solch fiktives Ziel ab und fordert die Koppelung des Militärhaushaltes an die Entwicklungshilfe. Rüstung nur zur Landesverteidigung und für Sondereinsätze, auf keinen Fall für eine Angriffsarmee. „Die 2%-Forderung fußt nicht auf einer rationalen Begründung.“ Er sieht aber auch die offene Frage bei einer Aggression von Rotchina.

zu 4: Militäreinsätze weltweit

Sieht hier die Notwendigkeit einer Gewissensentscheidung nach Gesprächen mit verschiedenen Personen. Unabdingbar ist ein Auftrag der UN zur Hilfe für die Bevölkerung und nicht zur Erfüllung wirtschaftlicher Interessen. Z.B. werden in Mali die Interessen Frankreichs verteidigt. Er befürwortet ein Primat der Diplomatie: „Nur Zusammenarbeit sichert Wohlstand für alle.“ „Krieg“ wird künftig in andere Formen geführt werden (Drohnen, Cyberangriffe)“.

Beobachtungen und Eindrücke:

Skepsis gegenüber Militäreinsätzen aller Art; befürwortet eher zivile und rechtliche Abmachungen zur Friedenssicherung. Setzt auf internationale Zusammenarbeit auch zur Abwehr „moderner Formen“ der Kriegsführung.

Stefan Schmidt (B'90/Die Grünen)



zu 1: Atomwaffenverbotsantrag
Hält den Gesetzentwurf für richtig und will ihn zur Ratifizierung bringen. „Wir sind keine Atommacht.“ Erwünscht sich eine atomwaffenfreie Welt ohne Drohpotenzial. „Jeder Einsatz wäre eine globale Katastrophe und eine ethische Bankrotterklärung“. Büchel unbedingt schließen!

zu 2: Rüstungsexporte
Verweist auf seine Zusammenarbeit mit Doris Wagner im Verteidigungsausschuss. Bayern spiele hier in der Rüstungsindustrie eine große Rolle. Tatsächlich halte sich Deutschland nicht an die rechtlichen Vorgaben zur Kontrolle des Endverbleibs von gelieferten Waffen. Rechtliche Lücken erlauben Lieferungen in Spannungsgebiete. Daher seine Forderung nach Umwandlung, bzw. Verkleinerung der Rüstungsindustrie. Deutschland wird dennoch verteidigungsfähig bleiben. Neue Jobs für bislang in der Rüstungsindustrie Beschäftigte könnten problemlos geschaffen werden. (Know-how). „Rüstung ist blutiges Geld“. Die Industrie hat sich hier eine goldene Nase verdient.

zu 3: Militärhaushalt
Sieht darin eine willkürliche Zielsetzung. Sicherheit gewährt für ihn ein vereintes Europa ohne größere Konflikte. Dazu ist Aufrüstung nicht nötig. Vernünftiger Einsatz des Geldes garantiert eine notwendige Verteidigungsfähigkeit. Die 2%-Vorgabe der Nato ließe sich eventuell auch ändern. Besser Geld in Bildung investieren.

zu 4: Militäreinsätze weltweit
Kein grundsätzliches Nein, da eine differenzierte Sicht der jeweiligen Situation geboten ist. Eine Bedingung ist die Erreichbarkeit der Ziele zur Befriedung der Region und zur Hilfe für die dortigen Menschen. Eher Polizeiausbildung für die innere Sicherheit und keine aktiven Waffeneinsätze. Diplomatie ist immer der bessere Weg.

Beobachtungen und Eindrücke:

Große Zurückhaltung gegenüber Waffeneinsätze;

fordert stattdessen diplomatisches und ziviles Engagement zur Unterstützung der regionalen Kräfte.

Eva-Maria Schreiber (Die Linke)



zu 1: Atomwaffenverbotsantrag
Unbedingt anschließen! Müsste in einen Koalitionsvertrag aufgenommen werden. „Jede Atomwaffe ist eine zu viel.“ Fordert im Konfliktfall zivile Lösungen, Diplomatie und den Einsatz von Friedensarbeiter*innen. Will in der Opposition Druck durch Anträge aufbauen.

zu 2: Rüstungsexporte
Will darauf drängen, dass über wissenschaftliche Dienste und dgl. Verstöße gegen die eigenen Vorgaben aufgedeckt werden. Der Wirtschafts-Lobby muss ein Riegel vorgeschoben werden. „Rüstungsexporte wollen wir in Stufen komplett verbieten.“ Vor allem der Export von Kleinwaffen muss kontrolliert werden. Friedenssicherung durch Bildung.

zu 3: Militärhaushalt
„Definitiv nein!“ Das Geld sollte für friedenssichernde, gesundheits- und bildungsfördernde Maßnahmen angelegt werden. Nato hat im Vergleich mit Russland und China mehrfache militärische Mittel.

zu 4: Militäreinsätze weltweit
Lehnt Auslandseinsätze der Bundeswehr generell ab. Verweist auf die Friedensforschung, die längere robuste Einsätze ablehnt. „Frieden kriegt man nicht mit Waffen.“ Funktioniert nicht seit 2000 Jahren.

Beobachtungen und Eindrücke:

Eine entschieden ethisch begründete pazifistische Haltung.

Protokollanten:

Elisabeth und Paul Reinwald

Weitere Informationen zu „Sicherheit neu denken“ im Internet unter www.sicherheit-neu-denken.de

Siegfried Höhne – Beitrag in der MZ vom 26.5.2021

In der MZ-Reihe Außenansicht konnte das Mitglied des Sprecherkreises Siegfried Höhne Gedanken zur Friedenspolitik in einem Gastbeitrag darstellen. Hier der Text:

Neues Denken für Frieden

Siegfried Höhne
Friedensaktivist



Deutschland im Jahre 2040: Teile der Bundeswehr sind zu einem Internationalen Technischen Hilfswerk umgewandelt. Aus Deutschland und weiteren europäischen Ländern werden keine Waffen mehr exportiert, die Rüstungsproduktion ist sozialverträglich hin zu zivilen Produktionsgütern transformiert worden. Die Bundesregierung sendet 50.000 gut ausgebildete Friedensfachkräfte in internationale UN-Friedensmissionen. Zudem setzt Deutschland die Klima-Abkommen konsequent um. Dieses Szenario treibt seit drei Jahren Friedensaktivist*innen im In- und Ausland um. 30 deutsche und europäische Organisationen, darunter die katholische Friedensinitiative Pax Christi, die Ärzte zur Verhütung eines Atomkriegs, der DGB und viele andere mehr, fordern aktiv einen Paradigmenwechsel der deutschen Politik in Richtung nachhaltiger Friedenspolitik. „Weil die militärische Sicherheitspolitik in einer Sackgasse steckt. Sie trägt dazu bei, kriegerische Auseinandersetzungen und Gewalt fortzusetzen“, bilanzierte die Evangelische Landeskirche in Baden im Jahr 2018. Und startete die Aktion „Sicherheit

neu denken“.

Eine Utopie? Traumgespinste von idealistischen Gutmenschen fernab jeglicher Realität? Wo doch die Corona – Pandemie und die Klimaerwärmung bestehende Konflikte eskalieren lassen werden, wo eine Weltwirtschaftskrise droht mit Hungersnöten, „Klimaflüchtlingen“ und wachsender nuklearer Bedrohung.

Am Pfingstfest vor über 2.000 Jahren wurde aus einer Utopie eine weltumspannende Bewegung. Ehemals ängstliche und mutlose Frauen und Männer traten auf und verkündeten eine ungeheure Botschaft: „Der am Schandpfahl hingerichtete Jesus lebt. Scheitern und Tod haben nicht das letzte Wort. Am Ende siegt die Liebe.“ Seitdem steht Pfingsten für all jene Aktionen, die die Welt friedfertiger und gewaltloser machen sollen. Dazu bedarf es allerdings Menschen, die sich im wahrsten Sinn des Wortes „be-geistern“ lassen, die auf Gottes guten Geist setzen, auf Geistesgegenwart in einer scheinbar geistlosen Welt. Dies gilt in besonderer Weise auch für die Initiative „Sicherheit neu denken.“ Oder, wie es der berühmte Physiker Albert Einstein einmal treffend formuliert hat: „Das Denken und die Methoden der Vergangenheit konnten die Weltkriege nicht verhindern, aber das Denken der Zukunft muss Kriege unmöglich machen.“

„Ouo vadis Afghanistan?“

Schon seit einigen Jahren unterstützt pax-christi Regensburg die von Dr. Reinhard Erös getragene Kinderhilfe Afghanistan. In der PHOENIX-Talkrunde am 25. August 2021 nahm Herr Erös Stellung zu den aktuellen Ereignissen, zum Einsatz und zum Abzug der Bundeswehr und zur erwartbaren Zukunft für Afghanistan.

Hier ein Link zur aufgezeichneten Sendung:
<https://www.phoenix.de/sendungen/gespraeche/phoenix-runde/abzug-aus-afghanistan---globales-politikversagen-a-2237855.html>



Frau Annette Erös schreibt in einer E-Mail am 26.8.21 zur aktuellen Lage und zur Zukunft der Kinderhilfe Afghanistan:

Liebe Freunde der Kinderhilfe-Afghanistan,

(...) unsere arbeit in AFGH läuft bislang auch unter dem neuen regime ungestört.

der neue provinz-gouverneur in Nangahar, sein erziehungs- und sein gesundheitsminister haben uns in persönlichen telefongesprächen dringend gebeten, unsere projekte fortzusetzen und wenn möglich auch weiter auszubauen.

unsere großartigen mitarbeiter und mitarbeiterinnen (in den schulen, an der universität und in unseren medizinischen einrichtungen) bleiben selbstverständlich im land und werden ihre schulkinder / studenten und patienten weiterhin unterrichten und medizinisch versorgen.

übermorgen beginnen unsere ingenieure in den provinzen Nangahar und Laghman mit der installation von 30 x photovoltaik-anlagen auf kliniken und arztpraxen, welche bislang nicht oder nur unsicher mit strom versorgt wurden.

in Kabul läuft nach den irritationen der vergangenen tage seit heute auch wieder die versorgung von 300 - 400 flüchtlingsfamilien mit lebensmitteln

(...)

alles gute, bleiben Sie gesund und uns weiterhin verbunden.

herzlicher gruß

annette erös

80 JAHRE ÜBERFALL AUF DIE SOWJETUNION 1941 -2021

Eine Veranstaltungsreihe der Stadt Regensburg, des Evangelischen Bildungswerks Regensburg und dem Runden Tisch Erinnerungskultur

Bundespräsident Steinmeier nahm im deutsch-russischen Museum Berlin Karlshorst am 18. Juni so deutlich Stellung wie es noch nie ein bundesdeutscher Repräsentant getan hat: „27 Millionen Menschen hat das nationalsozialistische Deutschland getötet, ermordet, erschlagen, verhungern lassen, durch Zwangsarbeit zu Tode gebracht. ... Vom ersten Tage an war der deutsche Feldzug getrieben von Hass, von Antisemitismus und Antibolschewismus, von Rassenwahn gegen die slawischen und asiatischen Völker der Sowjetunion. (...) mit einer nie dagewesenen Brutalität und

Grausamkeit. Die ihn zu verantworten hatten, die sich in ihrem nationalistischen Wahn gar noch auf deutsche Kultur und Zivilisation beriefen, (...), sie schändeten alle Zivilisation, alle Grundsätze der Humanität und des Rechts. Der deutsche Krieg gegen die Sowjetunion war eine mörderische Barbarei.“

Die einzelnen Veranstaltungen können über das Programm des Evangelischen Bildungswerkes oder über die Tageszeitung eingesehen werden.

Meldungen und Termine

Bundesweiter Aktionstag "Menschenrecht statt Moria"

aus der pc-Geschäftsstelle in Berlin:

Wir möchten unseren Aktionstag, der am 11. September stattfindet, noch einmal bewerben.

Schon ab 8:15 Uhr können wir uns bundesweit zusammen in einem Online Aussende-Gottesdienst gemeinsam für den Tag stärken. Der Gottesdienst wird vom pax christi-Präsidenten Bischof Peter Kohlgraf von Mainz geleitet.

Die Zugangsdaten sind die Folgenden:

Zoom-Meeting Aussende-Gottesdienst am
11.09.2021 um 8:15 Uhr beitreten
<https://us06web.zoom.us/j/81563109913?pwd=aThVcjRXUUU0SXFkOVdPNll0azRHUT09>

Meeting-ID: 815 6310 9913; Kenncode: 616281

EINLADUNG zur Licht- und Klanginstallation
„Flucht, Vertreibung, Asyl“

Besonders einladen möchten wir nochmal zur Nutzung der Licht- und Klanginstallation. Da findet in Wiesbaden etwas Großartiges statt und es kann bundesweit durch Live-Streaming ab 19:30 am 11.09.21 genutzt und in lokale Veranstaltungen bundesweit eingebunden werden. Ein Klang- und Augenschmaus, den sich niemand entgehen lassen sollte.

(...)

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Kim Hügel

Leben in Frieden und Sicherheit? – Aktuell zur Lage in Afghanistan

Mitteilung für die Medien: Berlin, 18.08.2021

EVANGELISCHE
FRIEDENSARBEIT



DEUTSCHE KOMMISSION
**JUSTITIA
ET PAX**

Gemeinsame Erklärung zur akuten Notlage der afghanischen Bevölkerung

Direktor Renke Brahm (Friedensbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland), **Bischof Dr. Bernhard Felmbert** (Evangelischer Bischof für die Seelsorge in der Bundeswehr), **Bischof Dr. Peter Kohlgraf** (Präsident der Deutschen Sektion pax christi), **Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck** (Katholischer Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr), **Bischof Dr. Heiner Wilmer SCJ** (Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax)

„Mit großer Bestürzung verfolgen wir die Situation in Afghanistan. In den letzten Tagen mussten wir eine dramatische und schnelle Entwicklung miterleben, die entsetzliches Leid über die Bevölkerung in Afghanistan bringt und noch bringen wird.

Die verzweifelte Situation, in der sich gegenwärtig viele Afghaninnen und Afghanen befinden, ist zutiefst erschütternd. Die Bilder und Berichte vom Flughafen in Kabul zeigen überdeutlich deren existentielle Ängste. Es gibt Berichte aus verschiedenen Landesteilen, die erwarten lassen, dass unter dem Taliban-Regime immenses Leid über große Teile der Bevölkerung kommen wird. Wir denken dabei nicht nur an die Ortskräfte, die über Jahre hinweg im Dienst der ausländischen Streitkräfte standen, sondern auch an die afghanischen Frauen und Kinder sowie die Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten. Sie

müssen mit Verschleppung, Ausbeutung, Gewalt und dem Tod rechnen, wenn sie sich nicht den Bestimmungen der Taliban unterwerfen.

Angesichts dieser akuten Not ist es der falsche Zeitpunkt, mit Schuldzuweisungen auf diese Situation zu reagieren. Vielmehr kommt es nun auf konkrete Schritte an, um diese Not zu lindern. Mit dieser gemeinsamen Erklärung drücken wir unsere Solidarität mit den Menschen in Afghanistan aus und fordern vor allem von den am Einsatz in Afghanistan beteiligten Staaten ein entschiedenes Eintreten für die universelle Geltung der Menschenrechte. Wir bitten daher eindringlich alle Regierungen, auf diese Not mit Menschlichkeit zu reagieren, schnelle Hilfe und Ausreisen zu ermöglichen sowie Asyl zu gewähren. Die deutsche Bundesregierung möge darüber hinaus auch jenen Menschen unkompliziert ein Bleiberecht in Deutschland gewähren, die schon vor 2013 mit der

Bundeswehr, z. B. als Übersetzer, kooperiert haben. Nach Bewältigung dieser akuten Notlage ist es geboten, den Einsatz in Afghanistan unvoreingenommen und nach klaren Kriterien zu evaluieren, so dass auch Konsequenzen für eine zukünftige Außen- und Sicherheitspolitik der westlichen Staaten gezogen werden können. Das sind wir den Menschen in Afghanistan schuldig, aber auch den vielen internationalen Einsatzkräften, die sich in den vergangenen Jahrzehnten in

Afghanistan engagiert und persönliche Opfer gebracht haben und die jetzige Situation mit Erschütterung und Ohnmacht erleben müssen.

Schließlich hoffen wir von ganzem Herzen, dass alle Beteiligten ihre Waffen schweigen lassen und gemeinsam an einer friedlichen Lösung arbeiten. Möge die Not der Menschen ihnen ein offenes Herz und einen neuen Geist geben. Darum bitten wir und dafür beten wir.“

Gedenken an Esther Bejarano

Esther Bejarano, eine deutsche jüdische Überlebende des KZ Auschwitz ist am 10 Juli 2021 in Hamburg gestorben.



Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten gestaltete am 4. August am Neupfarrplatz ein Gedenken an diese mutige widerständige Frau. Mit Unterstützung von DGB-Mitgliedern wurde ihre Lebensgeschichte

dargestellt, ihr lebenslanger Kampf gegen Rassismus und Antisemitismus. Mit Anita Lasker-Walfisch und anderen jungen Mädchen spielte Esther Bejarano im Mädchenorchester von Auschwitz, wo sie den Terror, die unfassbare Grausamkeit der Nazis miterleben musste.

Am 8. Mai, 2 Monate vor ihrem Tod wandte sie sich in ihrer letzten öffentlichen Rede an uns: „Ich appelliere an alle Menschen: Bitte, bitte schweigt nicht, wenn ihr Unrecht seht. Streitet für eine andere, bessere Gesellschaft ohne Diskriminierung, Verfolgung, Antisemitismus und Rassismus. Bleibt unerschütterbar – und widersteht. Seid solidarisch! Helft einander! Achtet auf die Schwächeren! Bleibt mutig! Ich vertraue auf die Jugend, ich vertraue auf euch. Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg.“

religions for peace

Am Sonntag, den 13. Juni 2021 fand in der Dreieinigkeitskirche das 28. Regensburger Friedensgebet der Ortsgruppe von Religions for Peace statt. Beteiligt an diesem interreligiösen Gebet zum Jahresthema „Der Mensch in seiner Verletzlichkeit – Erfahrungen in der Pandemie“ waren neben den Mitgliedern des WON-Buddhistischen Tempels, der Jüdischen Gemeinde, der römisch-katholischen, der evangelisch-lutherischen und der alt-katholischen Kirche, der Türkisch-Islamischen Gemeinde und der Ahmadiyya-Muslim-Gemeinde auch Mitglieder von pax-christi Regensburg.

Nach Rezitationen aus den heiligen Schriften aller beteiligten Religionen stand im Mittelpunkt des Gebetes ein Dialog der Sprecherin Pfarrerin Christiane Weber mit der Pfarrerin Heide Käab zu Erfahrungen im Rahmen des Jahresthemas. Ein Bekenntnis zur gemeinsamen Mitverantwortung und die Friedensbitte von Franz von Assisi rundeten

das Friedensgebet ab. Aufgrund der pandemiebedingten Auflagen konnte nicht gemeinsam gesungen werden. Vorgetragene Lieder und Orgelspiel umrahmten die gut besuchte Gebetsstunde.

Verabschiedet wurde beim letzten Treffen am 14. Juli, im Saal der Jüdischen Gemeinde die langjährige Sprecherin Frau Christiane Weber, die aus beruflichen Gründen nach Weiden umsiedelt, sowie der Imam der DITIB-Gemeinde Herr Ismail Numanoglu.

Vorankündigung: Treffen Mittwoch, 29. September 2021, um 19.00 Uhr im Pfarrsaal von Herz-Marien in Regensburg. Dieser Abend dient vor allem der Neuwahl der Sprecher*innen und der endgültigen Festlegung der Jahresplanung zum Thema „Wasser in den Wetreligionen“.

Die Begegnungsabende sind immer offen für alle Interessierte.

Paul Reinwald

Friedensgebete 2021

„Damit alle leben können“ – 20 Minuten für den Frieden um 18.30 Uhr am Neupfarrplatz:

Vorgesehen sind im Jahr 2021 noch folgende Tage:

6. Oktober 2021

musikalische Gestaltung Hubert Tremel

und 10. November 2021

Interreligiöser Kalender

Es erscheint für das Kalenderjahr 2022 wieder ein Interreligiöser Kalender; erarbeitet und herausgegeben von Mitgliedern der RFP-Gruppe Regensburg. Zum Jahresthema „Wasser – Leben, Reinheit, Gefahr“ gibt es für jeden Monat eine bunte Seite mit eingehenden Informationen zur liturgischen und

symbolischen Bedeutung und Verwendung des Wassers in den einzelnen Weltreligionen. Dazu wie immer exakte Angaben zu den religiösen Festen und Feiertagen.

Vorbestellungen bei der Redaktion des pc-Rundbriefes.

Termine

Mittwoch, 1. September 2021, 18.00 Uhr: **Anti-Kriegstag** am Neupfarrplatz

Sonntag, 19. September 2021: Rad-Demo von **Fridays-for-future** Regensburg, ab 15.00 Uhr Hauptbahnhof Regensburg

Freitag 24. September 2021, ab 11.15 Uhr, Neupfarrplatz: **Klimaaktion von Fridays-for-future**

Freitag 24. September 2021, um 18.00 Uhr:

Mitgliederversammlung im Pfarrsaal Herz-Jesu in Regensburg (Thema „Fratelli tutti“)

Sonntag, 26. September 2021: **Bundestagswahl**

Friedensgebet am Neupfarrplatz um 18.30 Uhr am 6. Oktober 2021 und 10. November 2021

22. – 24. Oktober 2021: **Delegiertenversammlung** in Fulda

Impressum

Herausgegeben von pax christi Diözesanverband Regensburg
Elisabeth Reinwald / Adolf Witte
Föhrenweg 3c
93164 Laaber
Tel. 094988954
Internet: [www.pax christi.de](http://www.paxchristi.de)
Redaktion: Paul Reinwald und Sigi Höhne